

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

16.9.1921 (No. 216)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
G. A m e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 RM. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: Die 1mal gespaltenen Zeilen oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerverbreitung, z. B. durch den Fernverkauf, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil. Disziplinarverfahren.

Polizeileutnant Wagner in Freiburg wird beschuldigt, beim Bekanntwerden der Ermordung des Abgeordneten Erzberger Äußerungen getan zu haben, die mit seinen Beamtenpflichten in Widerspruch stehen. Das Ministerium des Innern hat hierwegen das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

Der Stand der Feldgewächse in Baden am Anfang September 1921.

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt.)
Der August hat den langverheißenen Regen gebracht, allerdings für manche Kulturen zu spät und für einzelne Landesteile in immer noch ungenügender Menge. Die Getreideernte ist beendet, die Dmbernte im Gange und da und dort ebenfalls schon unter Dach. Die erste Fiel, insbesondere bei den Winterfrüchten, besser aus als erwartet und die Durchschnittsergebnisse befriedigend fast allgemein. Die Dmberträge sind vielfach nur geringfügig, namentlich von nicht bewässerten Weiden, die mancherorts vollständig ausgebrannt sind. Etwas reichlicher waren die Erträge von Wässern. Auch Luzerneerträge haben sich durch die Niederschläge ziemlich erholt, ebenso Stoppelfee, so daß noch stellenweise befriedigende Herbstschmitte in Aussicht stehen. Vielerorts wird auch noch eine erträgliche Herbstweide erhofft.

Der Stand der Kartoffeln wird für das Land im ganzen noch als mittelmäßig bezeichnet. Über die Ernteaussichten gehen die Meinungen noch sehr auseinander. Auf die Niedererträge zeigen sich vielfach frühe Triebe und neue Knollenansätze; es ist indessen fraglich, ob diese noch zur völligen Entwicklung und zum Ausreifen kommen.

Die Klagen über Schäden durch Mäuse und Engerlinge haben eher zu als abgenommen. Auch in bisher von diesen Schädlingen verschont gebliebenen Bezirken wird das Auftreten namentlich der Mäuse neuerdings festgestellt.

Die Reben stehen in den meisten Gegenden schön, die vorhandenen Trauben sind fast überall gesund und gehen rasch der Reife entgegen. Der Wein wird voraussichtlich gut werden, das Quantum jedoch teilweise gering, und zwar infolge der schädlichen Frühjahrsfröste.

* Die Totengräber.

Wenn heute das bayerische Volk, entsetzt über immer neue Enthüllungen des verbrecherischen Treibens der Reaktion in München, schier vor einem Scherbenhaufen zu stehen meint, dann haben wir hier wieder einmal das Schulbeispiel für die so oft gemachte Erfahrung vor uns, daß ein an sich nicht schlecht veranlagtes und gutgläubiges Volk, verführt von den Phrasen brutaler und machtgieriger Politiker, den Sinn für die Wirklichkeit verliert und dem eigenen Verderben entgegenrennt. Bis dann meistens irgend eine unüberlegte Gewalttat, irgend eine Überpannung dieses Regiments einseitiger Willkür dem Volke die Augen öffnet und ihm noch fünf Minuten vor zwölf den Abgrund zeigt, in den es beinahe hineingestürzt wäre.

Nach der Ermordung von Gareis in München die Ermordung von Erzberger! Auch diese verübt von den Erben einer in München hausenden, politischen Geheimorganisation! Und nun die Enthüllungen des preußischen Staatskommissars für die öffentliche Ordnung, die gestern der Reichskanzler Dr. Wirth im Überwachungsausschuß des Reichstages vorgetragen hat. Wenn nur die Hälfte von dem zuträfe, was hier von amtlicher preußischer Stelle aus auf Grund eines anscheinend sehr umfangreichen Materials mitgeteilt wird, so lägen die Dinge allerdings so, daß die Vorherfagen derjenigen gerechtfertigt erscheinen müßten, die schon vor Monaten über die reaktionäre Gefahr in Bayern die pessimistischsten Anschauungen vertreten haben.

Eine Besprechung dieser Enthüllungen könnte ihre Wirkung nur abschwächen. Wir verweisen unsere Leser auf den weiter unten abgedruckten Wortlaut. Jeder Satz ist geeignet, mit der Helligkeit des Blickes die Situation zu beleuchten. Und vor unserem Auge enthüllt sich das Bild eines, offenbar teilweise von höherer Stelle geduldeten politischen Verbrechertums, wie es bisher nur in gewissen südamerikanischen Staaten oder auf dem Balkan erlebt worden ist.

Es sind auch hier wieder dieselben Leute, deren Mentalität wir gestern an dieser Stelle kurz gekennzeichnet haben. Es sind dieselben Kreise, die schon einmal die Totengräber unserer nationalen Wohlfahrt und unseres nationalen Ansehens geworden sind. Die Ereignisse haben diese Männer nicht belehrt. Sie fahren fort, nach Maßgabe ihrer eigenen Engstirnigkeit und

Selbstüberhebung Politik zu treiben, d. h. Deutschland ins Unglück zu stürzen. Wieder ist ihre Arbeit die Arbeit von Totengräbern. Des Reiches Wohlfahrt nach innen und außen haben sie aufs Spiel gesetzt, und den deutschen Namen haben sie auch vor dem Auslande wieder einmal aufs schwerste bloßgestellt.

Schon vor einigen Tagen hat Staatskommissar Weismann die Äußerung getan, in Preußen selbst brauche man zur Zeit vor Rechtsputzchen nicht bange zu sein; die Zentrale der Gefahren liege ganz wo anders! Nun, wir wissen jetzt, wo sie liegt. Allerdings sind es im wesentlichen norddeutsche bzw. preussische Persönlichkeiten, die in München ihr politisches Verbrechertum organisieren durften. Daß sie es unbestraft und ungehindert konnten, bleibt eine Schmach für das deutsche Volk, in seiner Gesamtheit. Und der Reichskanzler hat recht, wenn er gestern sagte, zwei Jahre lang habe die Reichsregierung diesen geradezu dämonischen Aufforderungen zu Gewalt und Mord zugehört, und daß sie vielleicht dereinzigte Vorwurf, der ihr gemacht werden könnte. Man wird dieses Wort des Reichskanzlers unterschreiben können, in der festen Voraussetzung, daß das Versäumte nunmehr nachgeholt wird.

Für das bayerische Volk selbst ist, wie gesagt, das Erwachen aus einem mit allerlei schönen Phrasen genährten Traum schmerzlich und lehrreich. Gewiß hat die erdrückende Mehrheit der bodenständigen Bevölkerung in Bayern nicht im entferntesten daran gedacht, daß ihre Gutmütigkeit von norddeutschen Reaktionsären in einer derart verbrecherischen Weise mißbraucht werden würde. Und wir sehen ja auch, daß sich in den letzten Tagen eine große Luft aufgetan hat zwischen den wirklich bayerisch und zugleich gut deutsch empfindenden Parteien der Koalition und den Kreisen, die politisch und sozial den Mördern Erzbergers und ihren Spießgesellen nahestehen.

Unter dem Vorwand, für Ordnung zu sorgen, haben diese von Norden kommenden reaktionären und militaristischen Desperados große Teile des bayerischen Volkes für ihre Zwecke einzufangen verstanden. Jetzt ist man auch in Bayern in der Lage, diese Zwecke zu erkennen. Sie laufen nicht auf wahre Ordnung, auf Recht und Gerechtigkeit hinaus, sondern auf eine „Ordnung“, die die Elemente die Gelegenheit gibt, für sich und ihre besonderen Ziele im Trüben zu fischen und den politischen Gegner — sei es durch Polizeimaßnahmen, sei es durch offene Gewalttätigkeit — unerschütterlich zu machen oder zu vernichten.

Auch wir in Baden wissen ja von diesen reaktionären Elementen aus dem Norden ein Vieles zu singen. Auch bei uns haben sie verstanden, sich festzusetzen und uns mit ihren Organisationen und ihren Phrasen zu beglücken. Nun, wir haben rechtzeitig ihre Maske geküßt und rechtzeitig die Gefahr erkannt. Und die badische Regierung hat unter der Zustimmung der Bevölkerung dafür gesorgt, daß die schlimmsten dieser Hecker wieder den badischen Staub von ihren Füßen schüttelte. Wo sie sich darnach hinbegaben, kann man sich heute ungefähr denken. Und wir möchten in diesem Zusammenhang nicht unterlassen, daran zu erinnern, daß ja auch bei der Waffenschmuggel-Affäre von Osterburken die Fäden nach München liefen und in München die eigentlichen Drahtzieher zu suchen waren.

Es ist gut, wenn nun endlich einmal allen Schichten unseres Volkes die Augen geöffnet werden. Unser Vertrauen zu dem anständigen und gerechten Sinn der großen Mehrheit des Volkes ist stark genug, um zu glauben, daß sich nunmehr eine feste Abwehrfront gegen das ungeheuerliche, gewalttätige und stellenweise verbrecherische Treiben jener nationalistischen Kreise bilden läßt. Mit Parteipolitik hat das gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um höhere Pflichten, um Pflichten der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit.

Wir haben es gestern schon einmal gesagt: Unser Volk wird zugrunde gehen, wenn es uns nicht gelingt, neben der kommunistischen Gefahr auch der Gefahr des Rechtsbolschewismus Herr zu werden. Wir unterschätzen dabei die kommunistische Gefahr nicht eine Sekunde lang. Im Augenblick aber brennt uns die andere Gefahr mehr auf den Nägeln. Es ist also die Aufgabe einer wirklich verantwortungsbewußten Regierungspolitik, zunächst dieser Gefahr entgegenzutreten. Daß Reichskanzler Dr. Wirth für diesen Abwehrkampf der rechte Mann ist, wissen wir. Und schon allein diese Wissenschaft wird genügen, um das Gefühl ruhiger Sicherheit zu verbreiten.

Politische Neuigkeiten. Der Überwachungsausschuß und die bayerische Frage.

Der Überwachungsausschuß des Reichstages hat gestern seine Beratungen über den Stand der bayerischen Frage fortgesetzt. Die „Frkf. Ztg.“ meldet darüber folgendes:

Reichskanzler Dr. Wirth berichtet zu Beginn der Sitzung von einer Mitteilung des bayerischen Gesandten v. Preger, worin gesagt wird, daß Bayern nach dem Rücktritt des Ministeriums Kahr vor einer politisch völlig neuen Situation stehe. Das f. Zt. antwortende Geschäftsministerium sehe sich außerstande, gegenwärtig mit Berlin weitere Verhandlungen zu führen.

Hg. Müller-Franken (Soz.) wies darauf hin, daß die zehn in München erfolgten Verhaftungen beweisen hätten, in welchem engen Zusammenhang die Angehörigen der Ehrhardt'schen Brigade zu dem Mord an Erzberger ständen. Diese Brigade habe sich überall als eine Schande für den deutschen Namen erwiesen, wo sie auch aufgetreten wäre; er habe bestimmte Nachrichten, daß der Hochverräter Ehrhardt in der näheren Umgebung des Münchener Polizeipräsidenten Böhner gesehen worden sei. Er frage deshalb, ob dem Reichskanzler über diese merkwürdigen Beziehungen eines im Amte befindlichen Polizeipräsidenten zu einem ständförmlich verfolgten Hochverräter etwas bekannt sei.

Hierauf verlas Reichskanzler Dr. Wirth ein Schreiben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung Dr. Weismann vom 14. September 1921. Dasselbe lautet:

„Seit dem Verschwinden der als Leiter bei dem Kapp-Putsch beteiligt gewesenem Führer haben fortgesetzt Ermittlungen nach deren Aufenthaltsort stattgefunden. Durch den Oberreichsanwalt sind in dem dort anhängigen Hochverratsverfahren gegen den Obersten Bauer, Major Kapf und Korvettenkapitän Ehrhardt Haftbefehle und Steckbriefe erlassen worden. Alle Bemühungen, der Verfolgten habhaft zu werden, sind indessen gescheitert. Bereits vor längerer Zeit, etwa im Spätkommer 1920, wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß sich die genannten Kapp-Putschführer zumeist in Bayern aufhielten, in München und Umgebung vielfach aufgetreten seien und sogar geheime Zusammenkünfte dabeilbst abgehalten haben sollten. Bei der Bedeutung dieser Mitteilung, die ich ihr insbesondere auch in Rücksicht auf ihre Zuverlässigkeit beilegen mußte, und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten eines offiziellen Verkehrs mit den zuständigen bayerischen Behörden habe ich zwei mir unterstellte Kriminalbeamte mit dem Auftrag nach Bayern entsandt, die Wichtigkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Diese Beamten sind nach einigen Tagen zurückgekehrt, ohne ihren Auftrag vollständig ausführen zu können. Die Beamten haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens aufhalten sollten, wo sie von Männern ihrer Gesellschaft, zum Teil sogar von aktiven bayerischen Polizeimannschaften, durch scharfe Bewachung geschützt würden. Es sei so gut wie unmöglich, sich in ihren Schlafwinkel einzuschleichen, weil jeder, der sich näherte, mit Feuer empfangen werde. Ich habe ab dann erneut versucht, auf vertraulichem Wege Näheres zu erfahren. Darauf ist mir seit kurzer Zeit wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor

Kapitän Ehrhardt und auch die anderen Kapp-Putschführer sich in der Umgebung München aufhalten.

Kapitän Ehrhardt geht nach diesen mir mit aller Bestimmtheit gemachten Mitteilungen im Polizeipräsidium aus und ein. Desgleichen steht er in Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Roth. Der Oberst Bauer soll nach der gleichen Stelle jetzt in Budapest wohnen. Auch er ist aber in der letzten Zeit wiederholt in München gewesen und dort mit Kapitän Ehrhardt zusammengetroffen.“

Hg. Dittmann (Unabh.) führt aus, daß die Feststellungen, die inzwischen von dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung gemacht worden seien, nunmehr die Wichtigkeit seiner Verurteilung einer deutschnationalen Mörderklique in München erwiesen hätten. Er sei weiter erwiesen, daß zurzeit in Bayern keine Möglichkeit bestände, die dortigen Behörden zu veranlassen, den Spuren der Mörder Erzbergers nachzugehen. Bezeichnend genug sei ja gewesen, daß erst badische Polizeiorgane hätten einschreiten müssen, um den Mordherd in München aufzudecken. Der Münchener Polizeipräsident Böhner habe sich selbständig nicht gerührt, um die Kreise ausfindig zu machen, denen die Mörder Erzbergers angehörten. Die Reichsregierung müsse dafür sorgen, daß die staatsgefährlichen Zustände in München sobald wie irgend möglich aufhören.

Hg. Bergt (D. N.) wandte sich in seiner Ausführung gegen die sozialdemokratischen Redner. Wenn die Behauptung über die Ehrhardt'sche Brigade wahr wäre, würde jeder Deutsch-nationale diese Tatsachen scharf verurteilen. Die Sachlage sei noch nicht geklärt. Er selbst, Bergt, habe niemals persönlich oder schriftlich mit Ehrhardt in Verkehr gestanden. Gegenüber allen verleumderischen Angriffen auf die deutschnational-volkspartei stelle er sich und seine Freunde zur eiblichen Vernehmung zur Verfügung, durch die die angeblichen Verbindungen der Partei mit Mordkreisen oder Gewalttaten aufgefärlt werden sollten. Er erkläre eben, der dann noch seine Verleumdung wiederhole, schon jetzt für einen Hundstot. Die Angriffe auf die bayerische Regierung habe der bayerische Vertreter mit Recht zurückgewiesen. Es sei der Reichsregierung

zum Vorwurf zu machen, daß sie die vom Kommissar Weismann erhobenen Beschuldigungen der bayerischen Regierung nicht mitgeteilt habe. In seinen weiteren Ausführungen begründet der Abgeordnete Hergt den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten. Die Verordnung sei gefährlich und verfassungswidrig. Die Verordnung schaffe ein Ausnahmegericht: sie verleihe ihren Schutze gewisse Teile der Bevölkerung nur wegen ihrer politischen Gesinnung und verleihe diese Teile mit Verwaltungsmaßnahmen mundtot zu machen. Nachdem die Regierung in die Frage, ob der Verordnung rückwirkende Kraft innewohnt, von dem Reichsratsausschuß desabonniert worden sei, erwartet seine Partei eine Erklärung, daß die Reichsregierung nach dem Grundsatz des Ausschusses nun auch verfahren werde.

Nach einer ausführlichen Rede des bayerischen Gesandten von Preger stellte Reichskanzler Dr. Wirth zunächst fest, daß nach einer Auskunft des bayerischen Justizministeriums die bayerischen Kriminalkommissionen ohne jede Schwierigkeit mit den bayerischen Polizeibehörden in der Hauptsache Erberger hätten arbeiten können, so daß alle derartige Gerichte in der Presse hinfällig seien. Was die Rede des bayerischen Gesandten anbetreffe, so sei darin ein sehr beachtenswerter Satz ausgesprochen worden. Der bayerische Gesandte habe gesagt: „Das Empfinden der Bayern muß scharf angefaßt werden.“ Diesem Satz stimme er durchaus zu; er glaube auch, daß seine bisherige Amtsführung bewiesen habe, daß er diesem Satz in vollem Umfange Rechnung getragen habe. Aber er bitte dann auch, daß eine Rücksichtnahme gegenständig geübt werde. In der Hauptsache werde ja auch das, was in Bayern an Verhörung geleistet werde, von landfremden Elementen betrieben. Doch könne er die Auffassung der bayerischen Regierung nicht teilen, daß die ganze Sachlage des Ausnahmestandes zunächst ruhen solle, bis sich in Bayern ein neues Ministerium gebildet. Ein Aufschub der Klärung in den bayerischen Verhältnissen könne die Lage unmöglich verbessern. Es wäre besser gewesen, wenn die bayerische Regierung zum mindesten ihren Gesandten v. Preger beauftragt hätte, die offiziellen Besprechungen in Berlin weiter fortzusetzen. Daß der Ausnahmestand in Bayern noch auf weite Zeit hinaus erstreckt werden sollte, sei für die Reichsregierung unerträglich. Es sei wohl auch von der Deutschnationalen Partei tatsächlich nicht richtig gewesen, daß gerade sie sich zum hauptsächlichsten Verteidiger des bayerischen Ausnahmestandes ausgespielt habe. Dadurch wäre der Zweck des Belagerungszustandes zu deutlich gekennzeichnet worden. Der bayerische Gesandte v. Preger habe die Frage gestellt — allerdings ohne Auftrag, nur für seine Person — ob die Reichsregierung nicht ohne weiteres die Forderungen annehmen würde, die neuerdings von Bayern geltend gemacht worden seien.

Er erkläre auf diese vorläufige Anfrage schon jetzt mit aller Bestimmtheit, solche Hoffnung sei hinfällig. Es sei unmöglich, die bayerischen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und ohne weiteres anzunehmen. Ziel und Richtung der Politik des Reichskanzlers sei die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes; wofür gebe es einige Punkte, über die man sich sehr leicht miteinander verständigen könne. Aber dieser Hauptpunkt — baldige Beseitigung des Belagerungszustandes in Bayern — sei unumstößliches Ziel der Reichsregierung. Bei dieser Gelegenheit möchte er betonen, daß er in Frankfurt niemals eine Äußerung getan habe, wonach nach der Lösung der oberösterreichischen Frage der bayerische Geschwür aufgetrocknet werden müsse. Dies sei frei erfunden.

Was der Abgeordnete Hergt zu der Verordnung des Reichspräsidenten gesagt habe, siehe einzig da. Hergt sei der Meinung, das Gehirn des einfachen Mannes sei durch die Verordnung verwirrt und zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden. Er verziehe im Augenblick darauf, auf diese Behauptung des deutschnationalen Abgeordneten unter Anführung eines tiefenmaterials zu antworten. Das zeige, auf welcher Seite die heberische Tätigkeit liege. Daß aber die Verordnung des Reichspräsidenten unmöglich zu Gewalttaten aufheben könne, beweise der ruhige Verlauf der im ganzen Reich nach der Ermordung Erbergers erfolgten Demonstrationen. Auch sei die Behauptung des Abgeordneten Hergt falsch, daß durch die Verordnung die Exekutive der Länder ausgeschaltet sei. In den Ausführungsbestimmungen der Verordnung sei ausdrücklich vorgesehen, daß für die Befugnisse des Vollzugs außer dem Reichsministerium des Innern auch die Ortspolizeibehörden und die ihnen borgelegten Polizeibehörden, also die Landeszentralbehörden, zuständig seien. Der Reichskanzler betonte ausdrücklich, daß er die volle Verantwortung für die Verordnung übernehme. Nicht der Reichspräsident sei dafür verantwortlich, sondern lediglich der Reichskanzler und die Reichsregierung.

Preußen und Bayern.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß die preussische Regierung die von der bayerischen Regierung und Landtag formulierte Forderung auf Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August aufs wärmste unterstützt hat, so daß Preußen und Bayern in der Frage der Abänderung der Reichsverordnung eine Einheitsfront bilden.

Dazu teilt die preussische Regierung amtlich mit: Diese in der „München-Augsburger Abendzeitung“ erscheinene Notiz entspricht in der Form der Veröffentlichung nicht den Tatsachen; richtig ist vielmehr, daß am letzten Dienstag zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler eine Besprechung über die bayerische Frage stattgefunden hat, in der der preussische Ministerpräsident den Reichskanzler bat, mit Bayern auf der Grundlage der neuen bayerischen Vorschläge, vielleicht mit einigen Modifikationen zu einer Verständigung zu gelangen. Über die Beurteilung der gegenwärtigen Gesamtlage und die Verständigung zwischen Bayern und dem Reich bestand zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten völlige Übereinstimmung.

Zur Regierungskrise in Bayern.

In dem schwankenden Bild, das die politische Lage Bayerns in den letzten Tagen bot, scheint nun doch Ruhe und Klarheit kommen zu sollen. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, die dieser Tage noch den Ruf „Zurück zu Raß“ aufnahm, kommt jetzt bei einer objektiven Untersuchung der Ursachen der Regierungskrise zu Folgerungen, die nichts als den endgültigen Bruch der Bayerischen Volkspartei mit Herrn v. Raß bedeuten. Die parteiamtliche Korrespondenz schreibt, daß es die Haltung des Ministerpräsidenten selbst gewesen ist, aus der sich unweigerlich sein Konflikt mit den Koalitionsparteien ergab und daß es Einflüsse von außen gewesen seien, auf die seine Haltung zurückgeführt werden müsse. Diese Tatsache habe eine für die Bayerische Volkspartei unerträgliche Situation geschaffen und sie in die Zwangslage versetzt, gegen die Regierung zu stimmen. Es habe sich letzten Endes um eine Kraftprobe gehandelt, in der dem Parlament ein gewisser Wille von Unverantwortlichen aufgedrängt werden sollte. Nebenher verteidigt sich die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei gegen den Vorwurf der Deutschnationalen, als

sei von ihr schon durch das bloße Verhandeln mit Berlin, vor allem aber durch die Preisgabe des Raßschen Standpunktes an der Regierung und der Sache des föderalistischen Gedankens Verrat geübt worden. Die von der Bayerischen Volkspartei vorgeschlagene Formulierung, daß bei Annahme der bayerischen Abänderungsvorschläge durch die Reichsregierung der Aufhebung des Ausnahmestandes in Bayern näher getreten werden solle, habe zunächst auch die Billigung des Herrn v. Raß gefunden, bis dann der Ministerrat des folgenden Tages eben unter der Einwirkung fremder Einflüsse eine Verklammerung anstrebte, die das ganze Verständigungs-werk vernichtet haben würde.

Der „Frf. Ztg.“ wird dazu von ihrem Münchener Korrespondenten geschrieben:

Welche Umstände diese plötzliche Wandlung der Bayerischen Volkspartei und ihre endgültige Abkehr von Herrn v. Raß herbeigeführt haben mögen, liegt noch nicht völlig greifbar zur Lage. Man weiß wohl, daß in den Reihen der Bayerischen Volkspartei selbst sofort nach den entscheidenden Beschlüssen des Ständigen Ausschusses von neuem ein schweres Ringen begann, indem die unter dem Banner der deutschnationalen Schlagwortpolitik geratene Kreise vorübergehend wieder die Oberhand gewannen und die Forderung auf eine Rückkehr Raß zur Parole erhoben. Inzwischen muß sich aber unter dem Einfluß der verantwortlichen Führer der Partei die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der Situation, die ein solches ziel- und halbeschwankes Verhalten für die Partei unweigerlich mit sich bringen würde und von den bedenklichen politischen Folgen einer Rückkehr Raß durchgerungen haben. Auch hat sich wohl in steigendem Maße die Befürchtung geltend gemacht, daß ein weiteres Nachgeben gegenüber den rechtsradikalen Tendenzen eines Tages den Bestand der Bayerischen Volkspartei selbst bedrohen könnte. Schon wiederholt haben sich in letzter Zeit die Organe der Bayerischen Volkspartei veranlaßt gesehen, gegen die Annahme, mit der die Deutschnationalen sich als die alleinigen Hüter der bayer. Rechtsansprüche aufspielen, energisch aufzutreten. Mit besonderer Schärfe tut es heute der „Bayerische Kurier“, indem er sagt, daß für den Scheinbiederaktivismus der Deutschnationalen nicht Landesinteressen, sondern nackte und bloße Parteinteressen entscheidend seien. Diese Politik, die sich auf Bayern erst von dem Augenblick an besonnen habe, als man vermeinte, Bayern für die eigenen politischen Pläne mißbrauchen zu können, diese Politik, die Bayern und die bayerischen Rechte so oft veraten und mit Füßen getreten habe, habe in der letzten Krise den Ausgleich mit dem Reich mit allen Mitteln zu hintertreiben versucht. Sie habe sich vor allem für die Erhaltung des bayerischen Ausnahmestandes eingesetzt, weil sie hoffte, im Schatten dieses Ausnahmestandes ihre parteipolitischen Ziele fördern zu können. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Revolution verfolgten jene Kreise Zwecke, die sich von revolutionären Zielen in nichts unterscheiden, und dann offenbart das Blatt, daß bei dem Umschwung, der sich seit Dienstag in der Haltung der Bayerischen Volkspartei vollzogen hat, auch die aufsehenerregenden Entdeckungen mitbestimmend waren, zu denen die Verfolgung der Mörder Erbergers geführt hat. Das bayerische Volk, so erklärt der „Bayerische Kurier“, lehnt nicht minder entschieden bei dem Umsturz von links jene „Ge-genrevolution“ ab, die sich der verwerflichen Gewalttat und des seligen Morbes bedient, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Mit brennender Scham hat man es in Bayern vernommen, daß an der Ermordung Erbergers Personen beteiligt sind, die das bayerische Volkrecht zu verbrecherischen Untertaten mißbraucht haben!

Also nicht nur eine Abgabe an Herrn v. Raß, sondern eine offene Kampfansage gegen die ganze Gruppe um ihn. Die deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung“ ist bestürzt von dieser Wendung der Dinge. Sie schreibt jammernd von einem Sieg der roten Internationale und gelobt, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei Herrn v. Raß die Treue halten würden. Aber alle Entrüstung wird kaum noch etwas an der Tatsache zu ändern vermögen, daß sich zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Rechtsradikalen eine Kluft aufgetan hat, die nicht mehr gut zu überbrücken ist. Die Aera Raß ist nun doch erledigt, und die Lage der alten Koalition, in der die Reaktion den Ton angab, werden wohl so bald nicht wiederkehren.

Die Fraktionen des bayerischen Landtags haben, so meldet der Korrespondent der „Frf. Ztg.“ in einem weiteren Bericht, am Mittwoch in getrennten Beratungen zur Krise Stellung genommen. Entscheidende Verhandlungen sind zwischen den Koalitionsparteien noch nicht gepflogen worden. Voraussichtlich wird der Landtag Mittwoch nächster Woche zusammentreten, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. In der Fraktionsführung der Bayerischen Volkspartei, die als die stärkste Partei den Ministerpräsidenten vorzuschlagen hat, ist zwar schon über die Personenfrage gesprochen, doch noch kein Beschluß gefaßt worden. Von den in der Öffentlichkeit am meisten genannten Kandidaten wird wahrscheinlich keiner in Frage kommen. An einer Wiederberufung Raßs, auf die noch gestern mit starken Mitteln hingearbeitet wurde, denkt nun schon kaum noch jemand. Nach dem entschiedenen Ton, in dem sich die Bayerische Volkspartei von Raß losgelöst, haben wohl auch die eifrigen Verfechter dieses Gedankens ihn endgültig fallen lassen. Durch die unerwartet scharfe Kampfansage, mit der sich die Bayerische Volkspartei gegen die Deutschnationalen wendet, ist auch der künftigen Koalitionsbildung von selbst der Rahmen gezogen. Zwar erklärt der Bayerische Landesbürger ein Aufbruch, in dem er fordert, daß die Koalition der bürgerlichen Parteien stärker werden müsse, als sie zuvor gewesen sei, doch wird auch dieser Ruf unter den obwaltenden Umständen kaum den gewünschten Eindruck machen. Die Demotanden geben in einer Erklärung zur Lage bekannt, daß alles, was bisher über die künftige Haltung ihrer Landtagsfraktion in der Presse verlautet sei, auf müßigen Kombinationen beruhe. In den nächsten Tagen werde die Landtagsfraktion und der Landesvorstand zusammen zur Frage der Neubildung des Ministeriums Stellung nehmen. Wahrscheinlich für die Partei werde der Gesichtspunkt sein, daß endlich ein besseres und die ruhige Entwicklung verbürgendes Verhältnis zwischen Berlin und dem Reich hergestellt und für Sorge getroffen werde, daß die auf beiden Seiten gemachten Fehler sich in Zukunft nicht wiederholen können.

Ausschreitungen in München.

Am Mittwoch abend kam es in einer Münchener Versammlung zu schweren Ausschreitungen. Dipl.-Ing. Wallerstedt, der Vorsitzende des föderalistischen Zieles nennenden „Bayernbundes“, sollte über das Thema „Wir veraten Bayern nicht“ sprechen. Schon vor Beginn der Versammlung war der Saal durch deutsch-böhmische, sogenannte nationalsozialistische Arbeiter stark besetzt. Vor der Eröffnung erklärte der Redakteur des „Böhmischen Beobachters“ Esser, daß Wallerstedt, weil er stets über die Judenfrage hinweggehe, nicht reden dürfe. Das Wort wurde dem Führer der nationalsozialistischen Arbeiter, Hiltl, erteilt. Unter großem Tumult besetzten die Deutschböhmisches die Bühne. Als Wallerstedt gegen die Vergewaltigung protestierte und drohte, die Führer wegen Hausfriedensbruchs zu

belangen, wurde er von den Anhängern Hiltls tätlich angegriffen, über die Bühne hinweggeworfen und durch den Saal gestoßen, wobei er eine heftig blutende Kopfverletzung davontrug. Ein anderes Mitglied des Bayernbundes, das den Deutschböhmisches Vorhaltungen machte, wurde ebenfalls mit Häufen und Stockstieben schwer mißhandelt. Den wüsten Szenen, die im Saale herrschten, machte das Eingreifen eines stärkeren Aufgebotes der Landespolizei ein Ende.

Die Gefahren von rechts.

* Ein Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin vom 14. September: Die Äußerung, die Reichskanzler Dr. Wirth vor einigen Tagen beim Empfang der deutschnationalen Parteiführer tat, er besitze unerschöpfbares Material darüber, daß rechtsgerichtete Kreise für die nächste Zeit Gewalttaten planen, gibt der Presse die besten Veranlassung, erneut auf die Gefahrenzentren in Südbayern und in Oberschlesien hinzuweisen. Vor allem fordert die „Freiheit“ endlich, mit Energie gegen Kapitänleutnant Erhardt vorzugehen, der, obwohl seit dem Rapp-Bußsch hieblich verfolgt, seit Jahr und Tag ungehindert von Böhmen aus die monarchistische Verschwörungsbewegung Deutschlands leitet. Auch in Schlesien scheint zum Teil nur die Ruhe vor dem Sturm zu herrschen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Schlesien zu einem zweiten Balkan werden könne, aus dem die unter dem Vorwand der Bekämpfung des politischen Aufwuchs zusammengeworrenen Freikorps gegen Berlin marschieren würden.

Die bereits gemeldete Verhaftung des südbayerischen Antifemitenführers Arnold Ruge hat umfangreiches Material zutage gefördert, aus dem die Zusammenhänge zwischen den sogenannten Nachrichtenzentralen und dem Deutschböhmisches Schutz- und Trutzbund klar hervorgeht. Ruge, der bereits vor einigen Tagen in Haft genommen war, ist, wie das „München-Abendblatt“ mitteilt, keineswegs der spiritus rector dieser Bewegung gewesen. Führer der Selbstschutzorganisation Oberland war vielmehr ein Herr Kiefer aus München, der dort unter dem Namen Hauptmann v. Kiesel auftrat und sich Ruge zum Adjutanten ansehe. Wie schon erwähnt, herrscht über die Art der Arbeit, die von Ruge und anderen Nachrichtenzentralen verrichtet wurde, noch immer ein gewisses Dunkel. Aber schon die Namen der zum Teil wohlbekannten Persönlichkeiten, die in diesen Organisationen an führender Stelle stehen, lassen darauf schließen, daß ihre Tätigkeit dem Umsturz der republikanischen Staatsform in Deutschland zum Ziele hatte. Außer Ruge sind noch eine Anzahl weiterer Angestellten seiner Nachrichtenzentrale verhaftet worden, darunter der Zahlmeister des Freikorps Oberland, ein gewisser Ridel, der Privatsekretär des Herrn Kiefer. Ridel befindet sich in Haft wegen Unterschlagung zum Nachteil des Freikorps Oberland. Er legte entweder keine Abrechnung vor, oder aber die vorgelegten Abrechnungen waren gefälscht. Einige weitere Verhaftete gehören dem Mannschaftsstande an. Ferner schweben noch Untersuchungen gegen eine Reihe anderer Mitglieder der Organisation, die aus Schlesien verschmunden sind und sich zum Teil in Oberschlesien aufhalten. Zu diesen Verdächtigen gehört auch der Oberleutnant v. Seeger, der sich früher in Oberglogau aufhielt, vor einiger Zeit jedoch nach Kassel flüchtete. Ferner besteht ein Haftbefehl gegen den Polizeiaufseher Friedrich, der sich fälschlich Hauptmann Frisch nennt und nach München abgereist sein soll. Das Hauptquartier der Nachrichtenstelle Oberland, das sich bis vor kurzer Zeit im Schloß Vielau bei Reife befand, ist von dort weggezogen und vielleicht überhaupt aufgelöst worden.

Verhandlungen des Reichskanzlers mit Banken und Industrie.

Sabamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichskanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit „Industrialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die ernste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Von allen Seiten wurde der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken, dem Reich die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Beratungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständnisses und des Entgegenkommens weit vorgeschritten. Um zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen, bedarf es, jedoch noch der Fühlungnahme mit den Produktivständen und der Landwirtschaft. Die Nachrichten, die über diese Verhandlungen in die Öffentlichkeit gelangt sind, sind im wesentlichen Vermutungen. Die Besprechungen, die zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die eine Regierung je zu führen habe, und die deshalb sorgfältigster Beachtung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgter Kreise verdienen, werden mit den Vertretern der Bankwelt, wie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weiter geführt werden.

Die Generaldebatte über die Steuer-vorlagen im Reichswirtschaftsrat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat setzte am Mittwoch die Generaldebatte über die Steuerentwürfe fort.

v. Siemens (Vertreter der Großindustrie): Die gestrigen Behauptungen Wiffells, daß die Industrie aus egoistischen und engherzigen Gründen nicht genügend an der Erfüllung des Ultimatums mitgearbeitet habe, sind falsch und ungerichtet. Das eine steht fest: Die Substanz hat sich nicht verändert, verändert hat sich nur der Ertrag; er allein kann die Grundlage für die Steuern abgeben. Mit einem Eingriff in die Substanz kann man Schulden abdecken, aber nicht laufende Ausgaben zahlen. Das ist ja auch das große Verbrechen des Reichsnotopfers gewesen, daß der Ertrag nicht zur Schuldentilgung verwendet, sondern in den großen Kopf geworfen wurde. Selbst wenn wir aber den Eingriff tun, erhalten wir ja doch nur Papierwerte. Papierwerte aber können wir auch durch Steuern bekommen. Unser ganzer Aktienbesitz ist auf 200 Papiermilliarden veranschlagt, das sind 5 Goldmilliarden. Selbst wenn wir ein Fünftel unseres ganzen Besitzes in Aktien hergeben, können wir damit nur eine halbe Jahresrate unserer Verpflichtungen tragen. Auch die Behauptung, daß die Wirtschaft den Staat bei der Devisenbeschaffung im Stich gelassen habe, ist falsch. Nach der Annahme des Ultimatums müßte jeder Deutsche den Sturz der Mark voraussehen. Wenn die Industrie damals daran ging, ihre Rohmaterialienlager wieder zu füllen, dann war das keine Spekulation, sondern Vorzicht eines ehrethabenden Kaufmanns.

Redakteur Feiler (von der Regierung berufen): Wir stehen vor drei Problemen: der Deckung des inneren Bedarfs, der Beschaffung der äußeren Zahlungsmittel und endlich dem Problem, über das heutige Notkum hinwegzukommen. Bis jetzt habe ich keinen Weg zur Lösung der genannten Probleme. Die jetzigen Steuerentwürfe sind mit ihrem Aufkommen von 86 Milliarden dieser Werte nicht. Darum ist etwas daran an dem Gedanken, die Sachwerte heranzuziehen, und es ist nob

Wichtig ist gerade in diesem Stadium zu erklären: Wir sprechen immer von der drohenden Überfremdung. Tatsächlich sind wir bereits mitten drin. Bei einem Dollarkurs von 110 ist das Ausland jeden Moment in der Lage, jede Art, jedes Grundstück, jedes Unternehmen zu kaufen. (Bewegung.) Leben wir denn nicht schon heute von der Substanz? Seit dem 1. April hat sich der Bestand der schwebenden Schuld um 35 1/2 Milliarden vermehrt. So nähern wir uns tatsächlich hyperinflationären Zuständen, dem Zustande, wo wir nur noch arbeiten für das ausländische Kapital. Wenn wir in dieser Weise fortfahren, wird der Moment kommen, wo die Schneebede von Rosten sich erstickend auf unsere Wirtschaft legt und wir eine furchtbare Explosion dieser Dede erleben, weil sie unser Volk nicht mehr tragen kann. So bleibt auch nach meiner Meinung nur ein Eingriff in die Substanz. Freilich darf man einen solchen Eingriff, beispielsweise von 20 Prozent, nicht auf die Steuerbelastung anrechnen und nicht sagen, die Steuer übersteige den Ertrag. Es handelt sich nicht darum, ob wir Substanz veräußern, sondern nur darum, ob wir sie geregelt oder nicht geregelt hinausgehen lassen, ob wir sie hinausgehen lassen in einer Form, die eine künftige Wiedergewinnung ermöglicht.

Bögle-Mannheim (Fabrikant, vom Reichsrat ernannt): Auch durch den Eingriff in die Substanz würden wir um die ständige Vergrößerung des Notenumlaufs nicht mehr herumkommen, schon darum lehnen wir sie ab. Gelände, Gebäude, Maschinen usw. können nur als Goldwerte angerechnet werden, wenn sie Ertrag bringen. Unrentabilität, Stilllegung, große Erneuerungskosten und ähnliches vermindern den Ertrag und heben den Goldwert auf. Und wo sind die „ungeheuren Reserven“? Die täglichen Kapitalverluste vermindern den doch zeigen, daß diese Reserven nur in Nichtstellungen und vorfichtiger Wertung der Vorräte liegen. Aber auch diese Reserven werden sich in nächster Zeit erheblich mindern.

Gabermann (Handlungsgehilfe): Nach der Auslegung, die **Wissell** seinem Antrag gegeben hat, können wir uns damit einverstanden erklären, nur müssen sich auch die Arbeiter über die Gefahr klar werden, die eine teilweise Auslieferung unserer Vermögenssubstanz an das Ausland bedeutet.

Dahl (freie Berufe): **Wissell** ist von der Gemeinwirtschaft abgekommen, aber noch immer für eine Gemeinwirtschaft. Ich bin gegen die Gemeinwirtschaft, weil ich fürchte, es wird ein Staatsbetrieb werden und ein Staatsbetrieb ist so ziemlich das Unrationellste, was ich mir denken kann. Ein Weg, den Reparationsbedarf weiter zu beden, wäre vielleicht auch neue öffentliche Organisation, Sparbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

Generaldirektor Bussow (Große Berliner Straßenbahn): Die Wege, die die Regierung beschritten hat, halte ich nicht für richtig, einmal, weil sie nicht die erwarteten Erträge liefern, und zweitens, weil die neuen Steuern praktisch undurchführbar sind. Wir müssen, wie ein ehedem Kaufmann, der vor dem Konkurs steht, einen Zwangsvergleich versuchen. Reichen unsere Steuern nicht aus, dann legen wir unsere Bücher auf den Tisch und sagen, es geht nicht mehr. Die Substanz aber müssen wir erhalten. (Zeilweise Zustimmung.) **Bernhardt** ruft: „Zwischenverkauf die Borse unsere Substanz ins Ausland!“

Otto Albrecht (Landarbeiterverband): Die landwirtschaftlichen Unternehmer sehen die Rentabilität der Landwirtschaft doch etwas zu schwarz. Kann man den Konumenten, die 90 Prozent des Volkes sind, zumuten, immer noch mehr zu opfern, ohne daß man den Besitz empfindlich angreift? Bei der Landwirtschaft freilich darf nicht der Geldwert, sondern nur der Ertragswert zugrunde liegen.

Die Generaldebatte wird geschlossen. Der Antrag **Wissell** wird einstimmig dem Reparationsausschuß überwiesen. Die weitere Beratung der Steuerentwürfe wird bis zur Erledigung des Antrags **Wissell** im Ausschuß vertagt.

Wag Cohen begründet alsdann einen Antrag auf internationale Vereinbarungen zur Feststellung von im Auslande befindlichen Vermögenswerten. Leider sei es vielfach Gewohnheit geworden, Guthaben im Auslande in fremden Wälu-

ten zu lassen; für den eigenen Bedarf aber Kredit in Anspruch zu nehmen. Da müsse die Regierung die Gelegenheit haben, regulierend einzugreifen, nicht um Devisen zurückzuholen, sondern um wenigstens einmal eine Übersicht über das im Auslande vorhandene Vermögen zu erlangen.

Der Antrag wird debattelos einstimmig angenommen, ebenso der damit in sachlichem Zusammenhang stehende Antrag **Schweitzer-Marz** betr. den Ausbau unserer Außenhandelsstatistik.

Gärtner (Vergarbeitervertreter) berichtet namens des sozialpolitischen Ausschusses über den Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Stein- und Braunkohlenbergbau, der im Ausschuß einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen worden ist. Der Bericht des Ausschusses wird genehmigt, auch der Ausschußbericht über die Erwerbslosenfürsorge, das Ergebnis eines Kompromisses, wird angenommen, ebenso die Ausschußberichte über Aufhebung der Zuzugzwangsverpflichtung, über Wochenhilfe und Wochenfürsorge und über die Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung, die inzwischen bereits durch Gesetzgebung erledigt sind.

Die Nichtaufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. August war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September ins Auge gefaßt, wenn bis 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt sei und die deutsche Regierung ihre Einwilligung zur Schaffung eines interalliierten Organs zwecks Vermeidung von Diskriminationen bei Erteilung der Ausfuhrerlaubnis für das besetzte Gebiet erteilt haben würde. Die deutsche Regierung leistete die fällige Zahlung und sprach ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines interalliierten Organs zur Verhütung von Diskriminationen in ihrer Note vom 28. August aus. Eine Antwort wurde bisher darauf nicht erteilt. Die schwereren wirtschaftlichen Folgen, welche nicht nur das Wirtschaftsleben des besetzten Gebietes, sondern ganz Deutschland durch das Festschlagen der durch die alliierte Anknüpfung erwarteten Hoffnungen erleidet, können, so wird dem W. L. D. geschrieben, nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den alliierten Regierungen verantwortet werden.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Zeitungsverbot.** Das frühere Organ der Einwohnervereine „Heimatland“, das seit der Auflösung der Selbstbehörden als „Vaterländisches Wochenblatt“ die Hege gegen die Reichsregierung mit besonders fruppeligen Mitteln betreibt, ist wegen eines Artikels „Bahners Todesstempel gegen Berlin“ vom hiesigen Ministerium des Innern verboten worden. Durch die Verordnung des Reichsministers des Innern in Berlin ist die in Berlin erscheinende „Note Fahne“ vom 15. bis 17. September und das in Gotha erscheinende „Gothaer Volksblatt“ vom 15. bis 22. September, beide auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August, verboten worden.

* **Drohender Angelegenheitsstreik in Frankfurt a. M.** Gestern nachmittag fand in Frankfurt a. M. eine nach Tausenden zählende Kundgebung der kaufmännischen Angestellten im Hippodrom statt. Der Zustrom war derart groß, daß eine Parallelverammlung abgehalten werden mußte. Es wurde beschlossen, in den einzelnen Betrieben Abstimmungen vorzunehmen zu lassen und falls sich 75 Prozent dafür erklären, solle am Dienstag in den Generalstreik getreten werden. Nach Schluß dieser Versammlung bewegte sich ein 1/4 Stunden langer Zug durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Götzenheimer Tor. Nachdem dort noch einige Ansprachen gehalten worden waren, löste sich der Zug in aller Ruhe auf.

Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, den 15. September.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst über den Nachtrag zum Finanzgesetz beraten. Darauf sollen die Leuerungsbezüge der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter, die Alterszuschläge, Pensionen und Hinterbliebenenrenten entsprechend dem Vorgehen des Reiches erhöht werden. Der jährliche Mehraufwand wird auf ungefähr 73 Millionen Mark geschätzt. Nach einer vom Reichsfinanzministerium bei den Ausschußbeiträgen des Reichsrates abgegebenen Erklärung ist beabsichtigt, den Mehraufwand an Leuerungsbezugslagen der Länder auf die Reichskasse zu übernehmen. Die Vorbereitungen für die Auszahlung der erhöhten Bezüge sind so getroffen, daß alsbald mit dem Vollzug begonnen werden kann.

Abg. Marum (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. In zwei Sitzungen kam einstimmig zu dem Antrag auf unbedingte Annahme der Regierungsvorlage, die als dringlich zu behandeln ist. **Rechner** bemerkte, das Reich werde den Ländern neue Steuerquellen zuweisen müssen, damit sie ihre Beamten aus eigener Tasche bezahlen können. Die Bezüge der Geistlichen werden in einer besonderen Vorlage vorläufig für 1921 neu geregelt werden. Inzwischen wird sich zeigen, wie weit die kirchlichen Organisationen ihre Steuerkraft anzupassen vermögen.

Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen und das einschlägige Gesetz des bad. Lehrerbundes für erledigt erklärt.

Das Haus setzte dann die Beratung der Gemeindeordnung fort. Ein Antrag aus dem Hause will die Wirksamkeit des Gesetzes ab 1. April 1922.

Abg. Strobel (Soz.) sieht in der Neuregelung wesentliche Fortschritte. Immerhin hat seine Fraktion verschiedene Wünsche, die in Anträgen niedergelegt sind. U. a. will sie die zur Wahlberechtigung nötige Aufenthaltsdauer von sechs auf drei Monate verkürzen. Die Gemeinden seien leider durch ihre Finanznot und die Beseitigung der Steuerhoheit gehemmt, umso mehr müsse die neue Gemeindeordnung in sozialer Gestalt Anwendung finden, damit sie zum Werkzeug der Verbesserung und des Wiederaufbaues werde. (Beifall.)

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) behandelte die eingetretene wesentliche Verschiebung der gemeinrechtlichen Verhältnisse. Die Gemeindeordnung hat im Laufe der Zeit, seit 1831, siebenmal Male geändert werden müssen. Letztes Mal im Jahre 1919. Beibehalten hat man die bewährten Grundzüge der alten Gemeindeverwaltung, die dem Magistratsystem entschieden vorgezogen sind. Der da und dort erhobene Vorwurf des Dualismus von Gemeinderat und Bürgerausschuß treffe keineswegs zu; denn hier handelt es sich nicht um ein Zweikammersystem, sondern um eine engere, bezw. erweiterte Gemeindeversammlung. Das neue einheitliche Kleid der Gemeinden bringe erhebliche Verbesserungen. Sehr nützlich können die sogenannten beratenden und beschließenden Ausschüsse sowie auch die Schlichtungsausschüsse wirken, letztere allerdings mit

einem gewissen Vorbehalt. Vorteilhaft halte ich die Mitwirkung von Gemeindevorstellern beim Verwaltungsgerichtshof. **Rechner** lobte die Mitarbeit von Praktikern am Entwurf, wobei er die Oberbürgermeister Dr. Kasper (Mannheim) und Walz (Heidelberg), sowie den Mastatter Bürgermeister Dr. Renner nannte. Den Vorschlägen der Sozialdemokratie, bezw. Abkürzung der Karenzzeit auf 3 Monate, direkte Wahl der Bürgermeister, sechsjährige Dienstzeit derselben und Öffentlichkeit der Gemeinderatsverhandlungen vermögen wir nicht zuzustimmen. Gegenüber eines Zentrumsantrags möchte ich bitten, es bei der vereinfachten Wahl von Gemeinderäten und Gemeindevorordneten zu belassen. Unsere Anträge sind meist redaktioneller Art. Sonst stimmen wir dem Gesetze gerne zu, das ebenfalls dem Ziele der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes dienen soll.

Abg. Wager (Dn.) erklärt, dem Gesetze trotz einiger Schönheitsfehler zustimmen zu können bei der Heraushebung der Karenzzeit auf ein Jahr.

Gegen 8 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag vorm. 9 Uhr vertagt.

Karlsruhe, den 16. September.

Das Haus beriet vormittags über die einzelnen Paragraphen der Gemeindeordnung, nachdem sich zur Generalausprache niemand mehr zum Wort gemeldet hatte. Infolge Ablehnung der Abänderungsanträge bleibt es bei der sechsmonatigen Karenzzeit für die Wahlberechtigung, bei der neunmönatigen Dienstzeit der Bürgermeister und der Nichtöffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen. § 34 wurde auf Antrag **Schneider-Heidelberg** (Ztr.) in der Regierungsvorlage wiederhergestellt. Die Zahl der Gemeindevorordneten beträgt darnach in Gemeinden von 201-500 Einwohnern 24, 501-2000 Einwohnern 30, 2001-4000 Einwohnern 48, 4001-10 000 Einwohnern 60, 10 001-20 000 Einwohnern 72, über 20 000 Einwohnern 84. Ziemlich lebhafte Auseinandersetzungen knüpften sich an den § 50, der in den Absätzen 2 und 3 von der Mitwirkung der Geistlichen, Lehrer und Ärzte in den Angelegenheiten der Schul- und Armenpflege handelt.

Schließlich wurde einem Zentrumsantrage zugestimmt, wonach Geistliche, Lehrer und Ärzte zu den betreffenden Kommissionsitzungen eingeladen werden müssen. Dagegen waren die Sozialdemokraten und ein Teil der Demokraten. Dasselbe Stimmenverhältnis ergab sich bei Annahme des ganzen § 50.

Bei Artikel VII (Bürgergenuß) kündigte **Minister Kemmel** einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bürgerrechtsgesetzes an. Längere Erörterungen beanspruchte Artikel IX, betreffend die abgeforderten Bemerkungen. Regierungssitzung wurde erklärt, daß die Zuteilung gegebenenfalls auch an mehrere Gemeinden erfolgen kann. Die restlichen Paragraphen gaben wenig Anlaß zu Bemerkungen. Das ganze Gesetz trat am 1. April 1922 in Kraft treten.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr. Beantwortung der Deutschnationalen Anfragen, betr. Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ usw.

Die Leuerungsbezüge.

DZ. Artikel 1 des gestern vom Landtag verabschiedeten Gesetzes besagt u. a.: Mit Wirkung vom 1. August 1921 beträgt der Leuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die planmäßigen Beamten in Ortsklasse A 93 v. H., B. 91 v. H., C. 89 v. H., D. 87 v. H., E. 85 v. H. Vom gleichen Zeitpunkt an erhalten die männlichen außerplanmäßigen Beamten einen weiteren Leuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Dienstverdienst nebst Leuerungszuschlag das Dienstverdienst nebst Leuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Befoldungsstufe ihrer Eingangsstufe erreicht. Ähnlich sind die Bezüge der weiblichen außerplanmäßigen Beamten geregelt. Der Leuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen beträgt ab 1. August 1921 in Ortsklasse A. 200 v. H., in B. und C. 175 v. H., in D. und E. 150 v. H.

Entziehung der Brennerlaubnis für die Abfindungsbrenner in Kappelwindeck.

* Das Landesfinanzamt Karlsruhe hat vor 4 Wochen in verschiedenen Tagesblättern eine Warnung ergehen lassen, daß es künftig sämtlichen Abfindungsbrennern einer Gemeinde das Recht auf Abfindung zu brennen entziehen werde, wenn die Beamten in ihrer Nachschultätigkeit gehindert werden oder die Nachschau durch Aufstellen von Nachposten usw. unwirksam gemacht wird. Trotz dieser Warnung haben nun kürzlich Einwohner der Gemeinde Kappelwindeck diese Nachschau unwirksam zu machen gesucht. Das Landesfinanzamt hat deshalb sämtlichen Brennern dieser Gemeinde das Recht auf Abfindung zu brennen, bis auf weiteres entzogen.

Unterhaltungsklagen gegen Angehörige der Besatzungstruppe.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, neuerdings beschlossen, Unterhaltungsklagen deutscher unehelicher Kinder gegen Angehörige der Besatzungstruppen oder Personen, die der Rheinlandkommission zugeteilt sind, vor den deutschen Gerichten der besetzten Gebiete nicht mehr zuzulassen. Sie befürchtet, daß solche Prozesse leicht tendenziös werden könnten und daß es für eine Militärperson außerordentlich schwer sei, sich darin zu verteidigen; auch dürften die Besatzungstruppen nicht solchen deutschen Gesetzen unterstellt werden, die dem deutschen Rechte entgegenstünden. Künftig müssen die Unterhaltungsklagen bei dem nach dem Heimatrecht des Beklagten zuständigen ausländischen Gerichte erhoben werden. Die Besatzungsbehörden sind zwar angewiesen, den Klägern durch Erteilung der nötigen Auskünfte die Anstrengung der Klage zu erleichtern. Daß aber die Entschlebung der Rheinlandkommission trotzdem eine erhebliche Erschwerung für die Durchsetzung der Rechte der unehelichen Kinder bedeutet, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Die Verfolgung der Mörder Erzbergers.

Es hat sich jetzt nach einer Münchener Meldung der „Frankf. Ztg.“ herausgestellt, daß der eine der beiden Täter, Schulz, sich noch bis zum Freitag in seiner Münchener Wohnung aufhalten hat, von wo ihn der unter dem Verdacht der Mitwirkung an der Ermordung v. Killinger im Auto zur Bahn brachte. Der Mittäter, **Killessen**, hat München vor acht Tagen verlassen und zwar am gleichen Tage, als die bayerische Untersuchungskommission in München eintraf. Es liegt die Vermutung nahe, daß Schulz und Killessen rechtzeitig gewarnt worden sind.

Landestheater.

„Die Jüdin.“

Als zweite Aufführung der neuen Opernspielzeit ging gestern **Salébis „Jüdin“** in Szene; neuinszeniert, wie der Zettel besagt. Leider kann jedoch nicht behauptet werden, daß das Problem einer stilgemäßen Neueninszenierung des Werkes durch Herrn Lange einwandfrei gelöst worden wäre. Gewiß, es waren Ansätze dazu vorhanden; der dritte Akt und das Schlußbild dürften nach Raumgestaltung und Farbverteilung befriedigend genannt werden. Daneben aber gab es wieder Widersprüche und Stilligkeiten, die verstimmend wirken mußten. So war der Schauplatz des zweiten Aktes, der ein Zimmer aus der Wohnung **Eleazars** vorstellt, hier aber eher einem Schlossbau entnommen schien, in Dimensionen gehalten, die in kein Verhältnis mit dem kleinen Judenhaus aus dem 1. Akt zu bringen waren. Die flatternde Spinnwebeneinrahmung des 4. Aufzuges (Gefängnis) passte zu dem Szenenbild selbst wie die Faust aufs Auge. In der Darstellung ließen die Massenfiguren viel zu wünschen übrig, insbesondere wirkten die Straßenaufzüge des ersten Aktes wie eine üble, pathetisch gestaltete Maskerade. Natürlich gab sich der Chor (wenigstens zum Teil) im dritten Aufzuge (Festsaal), doch hätte man auch hier angestrichelt der doch nicht gerade alltäglichen Vorgänge mehr sichtbare Anteilnahme in Miene, Haltung und Bewegungen gewünscht.

Um die Vertiefung der Hauptrollen machte sich neben Frau **Pracema-Bügelmann**, deren **Recha** gefanglich und darstellerisch von ausgezeichnetem Können getragen war, vor allem Herr **Jill** als **Eleazar** verdient. Sein heller, kräftiger, biegsamer und charakteristischer Tonfärbung fähiger Tenor eignet sich auch für diese Partie in hohem Maße. Auch als intelligenter Darsteller bewährte sich der Künstler; seine Riebe zu **Recha**, der Widerstreit zwischen Gaf u. Güte, vor allem die feelischen Kämpfe im letzten Akt, wirkten echt und lebenswahr. Die fanatische Nachgiebigkeit, also eigentlich das für die psychologische Glaubhaftigkeit dieses merkwürdigen Charakters wichtigste, mußte im Blick und seinem Spiel noch um einige Schattierungen schärfer und leidenschaftlicher ausgeprägt sein. Herr **Wentwig** sang den **Leopold** mit schöner, weicher, nur an einigen wenigen hohen Stellen etwas verschleierter Stimme. Sein Mienebild gefiel mir nicht; es war zu viel äußerer Aufwand und zu wenig inneres Miterleben darin; **Maské** ohne Seele! In der Rolle der Prinzessin offenbarte Frau von **Ernst** auch diesmal wieder ihr hervorragendes gesangstechnisches Können, ihre echte Musikalität und ihr feines darstellerisches Verständnis. Mit guter Stimme, aber etwas langweilig, sang Herr **Giese** den **Cardinal**. Das Orchester spielte unter der Leitung von Kapellmeister **Lorenz** mit schönem klaren Klang, rhythmischer Straffheit u. schöner Präzision, doch konnte der Ausdruck im Einzelnen vielleicht noch lebendiger, an Kontrasten und dynamischen Abstufungen reicher, sein. Das anscheinend ausverkaufte Haus spendete der Aufführung herzlichen Beifall. G. A. f.

Der „Freiburger Tagespost“ wird von besonderer Seite aus München mitgeteilt, es stehe heute schon außer Zweifel, daß es sich bei den Mordern an Erzberger um ein weitverzweigtes und gut organisiertes Offizierskomplott handelt. Das hätten die bisherigen Verhaftungen ergeben, denn sämtliche Verhafteten seien ehemalige Offiziere. Das Blatt ist in der Lage, mitteilen zu können, daß noch weitere Verhaftungen bevorstehen, die die Sensation der bisherigen vielleicht noch übertreffen werden. Unter Umständen würden auch Offiziere in die Angelegenheit hineingezogen, die im Krieg nicht unbedeutende Stellen in der Armee inne hatten. Ob die in Frage kommenden Offiziere einer der schon bislang bekannten Organisationen angehören oder ob es sich um einen neuen Geheimbund handelt zur systematischen Beseitigung maßgebender Politiker der Republik, ist bis zur Stunde noch nicht soweit aufgeklärt, daß eine Veröffentlichung in der Presse in Frage kommen könnte. Die aus dem Kapp-Putsch des Frühjahrs 1920 bekannte Brigade Ehrhardt spielt eine gewisse Rolle, wenn auch eventuell nur insofern, als eine größere Anzahl ihrer Offiziere Mitglieder des Komplotts sind. Offenbar ist die Zentrale der Organisation in München, doch sind daran wahrscheinlich nur Norddeutsche beteiligt.

Der „Ulmer Zeitung“ zufolge haben Erzbergers Mörder Schulz und Tilleßen in der Nacht auf Dienstag den 13. in einem Ulmer Hotel übernachtet. Die Nacht auf Mittwoch hat Tilleßen in einem anderen Ulmer Hotel verbracht und sich mit seinem vollen Namen in das Fremdenbuch eingetragen. Es bleibt abzuwarten, ob hier nicht wieder eine absichtliche Fälschung vorliegt, doch haben sich schon Inhaltspunkte ergeben, daß die beiden Attentäter über Ulm gestrichelt sind.

Als Täter bei der Ermordung Erzbergers kommt, wie die mehrheitssozialistische Korrespondenz meldet, der angebliche Leutnant Gütter, der sich in Potsdam gestellt hatte, nicht in Frage. Die Abteilung 1 der Berliner Polizei war schon früher auf ihn aufmerksam geworden und hatte sein Bild in der Staatsanwaltschaft nach Offenburg geschickt. Diese teilte darauf mit, daß Gütter als Täter nicht in Frage komme. Aus derselben Quelle werden in den nächsten Tagen die Bildnisse von Tilleßen und Schulz platziert werden, um die Verfolgung zu erleichtern.

Ein T.-U.-Bericht aus München besagt: Den vereinten Bemühungen der Münchener Kriminalpolizei und der badischen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, Klarung in die Verschöndung zu bringen, der Erzberger zum Opfer gefallen ist. Es handelt sich hierbei um einen der Geheimbünde, die in Bayern

von lausfremden Leuten gegründet worden sind. Einer dieser Verschöndungsverbände, der unter dem Namen „Organisation D“ bekannt war, ist durch die schon gestern gemeldete Verhaftung der sieben ehemaligen Offiziere aufgedeckt worden.

„Die Mörderische“

Unter dieser Überschrift ergibt sich der Karlsruhe „Rechtsanzeiger“ vom 13. ds. Mts. in längeren Ausführungen über das Verfahren zur Ermittlung der Mörder Erzbergers. Er stellt eine Anzahl müßiger Fragen, um dann seinerseits eine mehr oder weniger weitläufige Antwort darauf finden zu können. Er verächtlich auf der einen Seite die badischen Strafverfolgungsbehörden der Unfähigkeit und mangelnden Entschlußkraft; er tut dies aber nur in allgemeinen Lebensarten, die zeigen, daß ihm ein näherer Einblick in die tatsächlichen Vorgänge fehlt. Auf der anderen Seite hält er es für angebracht, im Gegensatz zu den badischen, die mit den Ermittlungen befaßten Berliner Beamten entsprechend herauszustreichen.

Zum Schluß dieses eigenartigen Geredes bringt er es aber doch wieder fertig, um Zuredet und um Vertrauen zu den Fähigkeiten und dem guten Willen der Behörden zu werden. Das ganze ist offensichtlich ein aus dem „Mannheimer Tageblatt“ vom 10. ds. Mts. abgeschriebener Artikel eines „Kriminalisten“. Dieser Artikel ist aber nichts anderes als die von einem anderen Karlsruhe Blatt abgelehnte Arbeit eines Rezensenten, dem es bei dieser Gelegenheit nicht auf die Sache, sondern auf Gelderwerb ankommt.

Zum Fall Erzberger

richtet der „Karlsruher Volksfreund“ einen offenen Brief an den früheren Reichskanzler Brüning von Baden. Er richtet an diesen die Frage, warum er, als der damals verantwortliche Leiter der deutschen Politik, als der damalige Reichsminister, niemals zu den von nationalitätlicher Seite erhobenen Behauptung Stellung genommen habe, in denen Erzberger vorgeworfen wurde, sich zur Führung der Verhandlungen von Compiegne gedrängt, und bei diesen Verhandlungen Deutschland verraten und verkauft, die deutsche Handelsflotte in der leichtfertigen Weise ausgeliefert zu haben usw. Nachdem sich nunmehr in „Berliner Tageblatt“ vom 13. September auch Herr Dr. Arnold Brecht, ehemals Geheimrat in der Reichskanzlei zur Zeit, als Prinz Max noch Reichskanzler war, auf Grund seiner Kenntnisse, die er als damaliger Protokollführer besitzt, festgestellt habe, daß in der Tat Prinz Max Erzber-

ger zur Übernahme der Aufgabe mitverantwortlich habe, müsse der Prinz sich äußern, sowohl um des Ermordeten wie auch um seiner selbst willen.

Aus der Landeshauptstadt.

Vom 42. deutschen Arzttag in Karlsruhe.

Der zweite Tag der Beratungen des Leipziger Ärzteverbandes galt, wie berichtet wird, zum großen Teil der Tarifvertragspolitik. Nachdem die Anfangszeit des Verbandes zum großen Teil von Kämpfen mit Krankenkassen ausgefüllt gewesen waren, sind im Laufe der Jahre beide Parteien dahin gekommen, durch zentrale Tarifvereinbarungen mit Geltung für ganz Deutschland abgeschlossen werden, zu wenig die Besonderheiten und Teuerungsverhältnisse einzelner Landesteile berücksichtigen, so daß die Tarifvertragspolitik auch mancherlei Unzufriedenheit erregt hat. Dazu kommt, daß besonders in letzter Zeit die Geltungsdauer der vereinbarten Tarife gegenüber dem sprunghaften Wechsel der Teuerung sich als zu lang erwiesen hat. Dem Antrage des Vorstandes gemäß hat sich aber die Hauptversammlung grundsätzlich wieder auf den Boden der Tarifvertragspolitik gestellt und folgenden Beschluß gefaßt:

Die am 15. September 1921 in Karlsruhe tagende Hauptversammlung des Leipziger Verbandes billigt die Fortsetzung des Tarifabkommens mit den Krankenkassenverbänden, verlangt aber, namentlich mit Rücksicht auf die sich neuerdings wieder verschärfende allgemeine Teuerung eine angemessene Erhöhung des jetzigen Tarifes mit Rückwirkung vom 1. Juli 1921. Im besonderen erklärt sie sich damit einverstanden, daß der Leipziger Verband in Gemeinschaft mit den Krankenkassenverbänden Vorschläge für eine neue Gebührenordnung ausarbeitet, die am 1. April 1922 an die Stelle der jetzt geltenden treten könnte. Der Vorstand wird ersucht, alle Verhandlungs- und Instanzengänge schnellstens zu erschöpfen und im Falle des Scheiterns der angebahnten Verhandlungen eines Vertrags oder außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, um weitere Schritte zu beraten.

Mit den Unfallversicherungsvereinigungen, mit denen bisher allgemein gültige Vereinbarungen überhaupt noch nicht bestehen, schweben zurzeit erstmalig Tarifvertragsverhandlungen. Mit den privaten Unfallversicherungsvereinigungen sind solche auch im Gange; inbezug auf die von den Gesellschaften angebotenen Gutachtengebühren als zu niedrig einmütig abgelehnt worden.

Badisches Landestheater.

Samstag, 17. Sept., 7 b. geg. 1/10 Uhr. M. 12.00.
Russischer Komödienabend.
Die Spieler. — Die Kulissen der Seele.
Der Heiratsantrag.

Badische Landwirtschaftsbank

e. G. m. b. H.
Karlsruhe i. B., Lauterbergstr. 8.
Tel. 233. Telegr.-Adr.: Landwirtbank.
Postcheckkonto 123.
Eigenes Vermögen: 2,9 Millionen Mk.
Haftsumme: 9,5 Millionen Mk.

Annahme von Spareinlagen

4 bis 4 1/2 % je nach Kündigungsfrist.
Besorgung aller Bankgeschäfte.
R. 583
Filialen in:
Donauveschingen, Meckesheim,
Villingen und Schwetzingen.

Erstklassige Hochwildjagd.

Der Distrikt „Imberg“ der Gemeindegagd der Stadt Eberbach ist infolge Ablebens des Pächters mit sofortiger Wirkung neu zu verpachten. R. 593
Versteigerung findet auf dem Rathaus in Eberbach am Freitag, 30. September 1921, vormittags 11 1/2 Uhr, statt.
Plan und Bedingungen versendet auf Anfrage das Bürgermeisteramt.
Eberbach (Baden), den 14. September 1921.
Gemeinderat: Dr. Weiß.

Junge Leute

die zur See fahren wollen, erhalten vorher Aufklärung u. Rat. Ausflucht, Hamburg 36, Schlieffach 112, R. 83.

Villen - Anwesen

In gr. Stadt, Nähe Karlsruhe R. 594
m. 10 Zimmern, Nebent., gr. Garten, Gas, Warmwasserheizung, Zinoleum u. Parkettböden, mezzogalber Hof zu verkaufen. Näheres unt. Nr. 1567.
Immobilien-Verwertungsgesellschaft Fischer & Co., München, Prielmayrstr. 10, Telefon 51519.

Herrschaftssitz

In Wade- und Kurort d. Albtal, terrassenart. geb. u. Nat. Ausflucht, Hamburg 36, Schlieffach 112, R. 83.
m. 15 Zimmern, 2 Kammern, gr. Speiseaal, Bad, Waschküche, Biergarten, elektr. L., Wasserleitg., eigene Quelle, bestgeeign. f. Pension od. Sanatorium, entlastungsh. Hof zu verkaufen. Preis Mk. 450.000. Anzahlung nach Vereinbarung. R. 595
Näheres unter Nr. 1638.
Immobilien-Verwertungsgesellschaft Fischer & Co., München, Prielmayrstr. 10.

Geschenkbücher für die Hausfrau!

Die Frau und ihr Haus / Die Heimat auf dem Lande.
Zeitschrift für Kleidung, Gesundheit, Körperpflege und Wohnungsfragen. Monatlich 1 Heft mit vielen Schwarz-weiß-Bezeichnungen. Preis im Quartal Mk. 3.—
Probefeste werden auf Verlangen zugesandt!

Mädchen-Handarbeiten. Ein Geschenkbuch für unsere deutschen Töchter. Legt. Von Hermine Steffahn unter Mitarbeiterschaft von Doris Kiese-wetter. Preis geb. Mk. 7.—

Einfache Kleider, Unterkleidung, Wäsche. 143 Vorbilder zu Kleidern, Mänteln und Unterkleidung verschiedenster Art für Straße, Haus, Beruf, junge Mädchen, junge Frauen, ältere Damen. Zusammengestellt aus der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“. Preis Mk. 6.50.

Dieses Heft wendet sich hauptsächlich an solche Frauen, die sich nicht unbedingt allen Modetrends unterwerfen und die darauf sehen, der ersten Zeit zufolge in ihrer äußeren Erscheinung einfach und unauffällig zu wirken.

Für unsere Kinder. 131 Vorbilder für deutsche Kleidung, Wäsche und Handarbeit. Herausgegeben von der Schriftleitung der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“. Dritte Auflage. Preis Mk. 6.—

Das Werkchen bringt Abbildungen von Kleidern, Wäsche, Schürzen, Mänteln und Häubchen für unsere Kleinsten und für Kinder bis zu 12 Jahren, dazu gut verständliche Beschreibung und Anleitung, sowie Sticker- und Häkelmuster und Schnittüberichten.

Das Kleid der arbeitenden Frau. Mit 62 Abbildungen. Herausgegeben von der Schriftleitung der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“. Preis Mk. 2.50.

Diese Veröffentlichung bringt praktische Vorschläge für die Kleidung in den wichtigsten Frauenberufen.

Abformungskleider. Eine neue Art, ohne besondere Vorkenntnisse billige Kleider herzustellen. Von Marie Thierbach. Mit 15 Abbildungen und 1 Schnittmusterzeichnung. Zweite Auflage. Preis Mk. 5.50.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden.

Kriegsanleihe und ähnliche Wertpapiere werden zum Nennwert übernommen oder beliehen.

F. Plietz Stettin
Postschließfach 10.

J. 932. Wähl. über den Nachlaß des am 28. Febr. 1921 verstorbenen Handelsmanns Josef Rosenfeld wurde heute am 14. September 1921, nachmittags 2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist. Rechtsagent Karl Ehrlich in Wühl wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 7. Oktober 1921 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der KO. bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 14. Oktober 1921, nachmittags 4 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkurs-

masse etwas schuldig sind, wurde aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Oktober 1921 Anzeige zu machen.
Wühl, 14. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
Die Prüfung für den Straßen- und Dammeisterdienst betr.
Am 24. Oktober d. J. beginnend wird eine Prüfung für den Straßen- u. Dammeisterdienst hier abgehalten werden. Gefuche um Zulassung sind unter Anschluß der erforderlichen Nachweise längstens bis zum 15. Oktober d. J. schriftlich hierher einzulegen. Die die Zulassungsbedingungen enthaltende Verordnung vom 19. März 1900 Nr. 5486 kann bei den Wasser- u. Straßenbau- und den Rheinbauinspektoren sowie auf unserer Kanzlei eingesehen werden.
J. 938
Karlsruhe, 13. Sept. 1921.
Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus.

Bergung von Tiefbauarbeiten für die Herstellung des Bahnkörpers einer Teilstrecke der Rheinhafen- und Rheinbahn, einschl. eines Bachdurchlasses beiderseits der Landesgrenze bei Bretten, nach der Verbindungsordnung des bad. Finanzministeriums vom 8. Jan. 1907 und zwar: Ausmaß rd. 13.000 cbm, Ab- und Anbenden von Wölbungen rd. 6800 qm, Begradigung rd. 700 qm, Ausbuh der Fundamente rd. 170 cbm, Mauerwerk der Fundamente, Mauerlager und des Gerölles etwa 160 cbm. Bedingnisheft und Pläne liegen nur in unserem Geschäftszimmer zur Einsicht auf; Angebotsentwürfe werden da-

selbst nur an persönlich erscheinende Bewerber abgegeben. Angebote sind mit der nötigen Aufschrift beschließen, bis spätestens Dienstag, den 4. Oktober, vorm. 11 Uhr, an uns einzuwenden. J. 999.2.1
Bretten, 16. Sept. 1921.
Bahnbaupfektion.

Öffentliche Versteigerung gegen Barzahlung, Fundstücken vom 2. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter 1 Kinder-sportwagen, Schneeschuhe, photog. Apparate, Ferngläser, 2 Autoschlüsse, Herren- u. Damenuhren, Armbänder, Ringe, 1 Apparat-Epistel am Dienstag und Mittwoch, den 27. und 28. September 1921, vormittags 8 Uhr, u. nachmittags 2 Uhr beginnend, in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Maxaubahn). Die besondere genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausbezogen. Karlsruhe, 15. Sept. 1921.
Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.

Bad. Sinnenörterverkehr, Verkehr Baden-Bad. Nebenbahnen, Bad. Württemberg, und Bad. Bayerischer Güterverkehr.

Auf den 1. Oktober 1921 scheiden die Stationen Heidingsfeld West und Würzburg Hof, als badische, die Stationen Oberbrehren und Mählingen (Wf) Bahnhof als württembergische Stationen aus den Tarifen aus. Sie erscheinen von nun an ausschließlich als Stationen des rechtsrheinisch-bayerischen Netzes der deutschen Reichsbahn. Zum badisch-bayerischen Tarif wird ein Nachtrag (VII) ausgegeben. J. 993
Karlsruhe, 13. Sept. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.

Wokobverkehr Frankreich-Deutschland.
Mit sofortiger Wirkung wird auf den Grenzübergangsstationen Weisach, Reß, Neuenburg u. Winterdorf für Sendungen Postkörbe für Frankreich nach Deutschland eine besondere allgemeine Zollabfertigungsgebühr von 20 Mk. für den Wagen erhoben. J. 994
Karlsruhe, 8. Sept. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.